

10.3.81

Gestern in Essen

KVR-Verbandsdirektor Dr. Gramke: „Falsche Informationspolitik!“

Mißtrauen in Sachen „RZR“ soll abgebaut werden

HERTEN. (sp) Großes Verständnis für das Mißtrauen gegenüber dem Kommunalverband Ruhrgebiet (KVR), dem Träger des Rohstoffrückgewinnungszentrums Ruhr (RZR), zeigte gestern in einem Gespräch mit der Hertener Presse der Verbandsdirektor Dr. Jürgen Gramke. Er erklärte, daß eine offensichtlich falsche Informationspolitik zu dieser großen im Hertener Süden entstehenden Anlage in den letzten Monaten zu verständlicher Verärgerung bei den Partnern des KVR und bei der Öffentlichkeit geführt habe.

Gramke betonte, daß sich für die Techniker seit Beginn der Planung des RZR ständig technologische Neuerungen ergeben hätten, die allerdings über einen längeren Zeitraum nur intern beraten worden seien. So sei es selbst im eigenen Haus zu einem Informationsstau gekommen, der in der Öffentlichkeit nach Publizierung sämtlicher Veränderungen tatsächlich zu hochgradigem Mißtrauen habe führen müssen. Die-

ses Mißtrauen, will Dr. Gramke in Zukunft durch regelmäßige Gespräche mit den zuständigen Verwaltungen und Gremien, mit frühzeitigen Presseinformationen und mit unkomplizierten, aber gründlichen Gesprächen mit den Bürgern abbauen. „Wir haben nichts zu verbergen und haben aus den letzten Monaten eine Lehre gezogen.“ Dr. Gramke betonte, daß alles, was über die bereits genehmigten 455 000 Tonnen Haus-



Die neue Orgel in der St.-Antonius-Pfarrk anderem Werke von Bach, Couperin und I

und Sperrmüll hinausgehe, in einem neuen Planfeststellungsverfahren genehmigt werden müsse. Wie berichtet, hält der KVR eine Erhöhung der jährlichen Durchsatzmenge um 300 000 Tonnen für notwendig. Dr. Gramke: „Wir wollen aber nicht eine einzige Tonne über die alte Menge hinaus ohne ein ordentliches Verfahren durchbringen.“ Über weitere Punkte des Gespräches und über ein Informationspapier, daß morgen den Ratsmitgliedern zugehen soll, werden wir noch berichten.



Gerhard Kohlwey: „Großer Bunker allein reicht nicht für Durchsatz-Verdopplung!“
Fotos (4): Klose



Peter van Wickeren: „Hallenfundamente für alte Größe angefangen. Erst Genehmigung abwarten.“



Dr. Jürgen Gramke: „Wir haben nichts zu verbergen!“ Keine Tonne mehr als genehmigt.

Zusätzliche Verbrennung findet im RZR nicht statt

KVR-Vertreter: „Großer Bunker macht noch keine Mehrtonnage!“

Vertreter Gramke

Keine Erweiterung ohne neue Planfeststellung/ Hallenfundament für alte Menge

HERTEN. (rkl) Zwei Sätze, die wohl keinen Raum zu falschen Interpretationen lassen: „Für die vorgesehene Erhöhung der Müll-Durchsatzkapazitäten im Rohstoff-Rückgewinnungszentrum Ruhr brauchen wir ein neues Planfeststellungsverfahren“ und „Wir werden nicht eine einzige Tonne Müll über das genehmigte Ausmaß hinaus verarbeiten“. Beide Zitate stammen von demselben Mann und wurden bei demselben Anlaß gesprochen: KVR-Direktor Dr. Jürgen Gramke will der bisherigen Informationspolitik „seines“ Verbandes - von vielen in den letzten Monaten eher als Verschleierungspolitik empfunden - ein Ende setzen. Das erläuterte er bei einem Pressegespräch (wir berichteten). Die beiden klaren Aussagen zum weiteren Verfahren in Sachen RZR sollen hier als Signal wirken. Eine Fülle komplizierter technischer Details hat nach seinen Worten einen Informationsstau entstehen lassen: was für Außenstehende wie eine Preis- und Größenexplosion des Rückgewinnungszentrums (RZR) aussah, sei für Eingeweihte das Resultat ganz allmählicher Umdenkungs- und Planungsprozesse gewesen. Um Nicht-Techniker nicht ständig zu übefordern, habe man sich beim KVR verleiten lassen, vorhandene Informationen nicht im vollen Ausmaß an die Vertragspartner und die Betroffenen weiterzugeben. Das sei verständlich, aber keineswegs zu billigen.

Die seit einiger Zeit heftig umstrittene Kapazitäts-Erweiterung des RZR betrifft - darauf legen Gramke, der erste KVR-Beigeordnete Peter van Wickeren wie auch die zuständigen Abteilungsleiter des Verbandes Josef-Hermann Dewey und Gerhard

tragbare Umweltbelastungen aufbürden, gegenstandslos.

Gegen den Vorwurf der Abgas-Skrupellosigkeit wehren sich alle vier KVR-Vertreter mit Entschiedenheit. So verweist Dewey darauf, daß man schon in den Jahren 1975/76



Auftrag für Müllverwertungszentrum vergeben

SVR gibt grünes Licht: Herten liefert „Brennstoff aus Müll“

6.7. Januar 1979

Baubeginn im April / Jahresleistung: 400 000 t Abfälle aus dem Kreis

Kreis. „Grünes Licht“ für eines der interessantesten technologischen Großprojekte in der Bundesrepublik: Der Ruhr-siedlungsverband (SVR) hat in diesen Tagen den Auftrag zum ersten Teilabschnitt des Rohstoffrückgewinnungs-Zentrums Ruhr (RZR) in Herten vergeben. Das Gesamtprojekt des SVR umfaßt ein Investitionsvolumen von 170 Millionen DM. Mit dem Bau wird im April dieses Jahres begonnen.

Das Zentrum kann nach seiner Fertigstellung 1982 mehr als 400 000 Tonnen pro Jahr an Abfällen aus Recklinghausen, Herten, Castrop-

Außerdem wird die Anlage aus den Abfällen einen pulverisierten „Brennstoff aus Müll“ herstellen, der in Kraftwerken verfeuert werden kann. Um die in den USA entwickelte Technologie der Müllaufbereitung in der Praxis zu erproben, wird in den kommenden Monaten in Herne eine Versuchsanlage gebaut, in der erstmals Brennstoff aus Müll hergestellt wird.

Der Ruhr-siedlungsverband hat inzwischen das Gelände in Herten, auf dem die Anlage errichtet wird, erworben. Nach den Vorstellungen

der Stadt Herten sollen sich im Umkreis der Anlage Betriebe ansiedeln, die die rückgewonnenen Stoffe weiter verarbeiten. Wie der SVR mitteilt, soll die bei der Müllverwertung entstehende Wärme ins Fernwärmenetz der Stadt eingespeist werden.

Das Hertener Großprojekt entspricht nach Mitteilung des Ruhr-siedlungsverbandes allen Bestim-

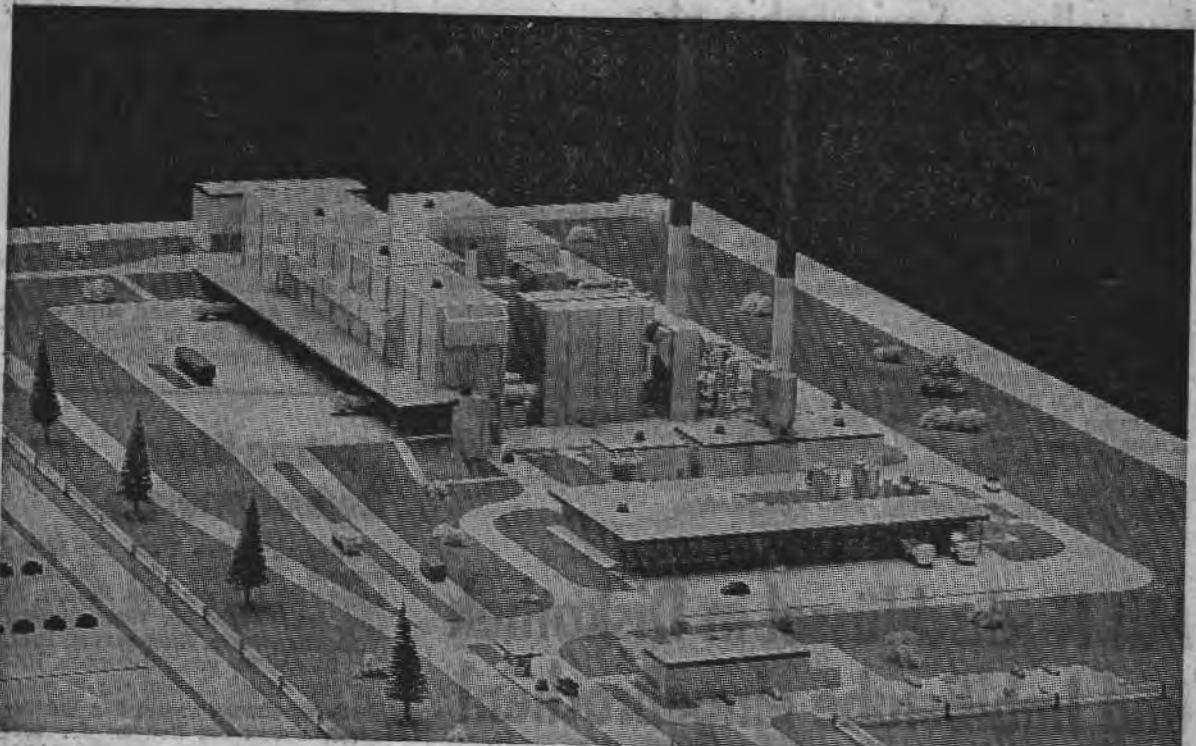
Wein MOLITOR

RE, Hertener Str. 59 u. Löhnhofstraße

Rauxel, Marl, Herne und Witten sowie Industrieabfälle verarbeiten. Im Unterschied zu herkömmlichen Verbrennungsanlagen werden bei der Hertener Müllverwertungszentrale Sekundärrohstoffe wie Papier und Metall wiedergewonnen.

— — — — — Anzeige
**Barankauf u. Tausch sämtl. Fotoartikel
PRO-FOTO, RE, Breite Str. 20, T. 23064**

mungen für den Umweltschutz, vor allem bezüglich der Reinhaltung der Luft. Bedenken über die Umweltfreundlichkeit der Anlage sind laut SVR durch ein umfassendes Gutachten des TÜV ausgeräumt worden.



Die Hertener Großanlage im Modell.

Hertener Prüfvermerk auf Ausdehnungs-Plan

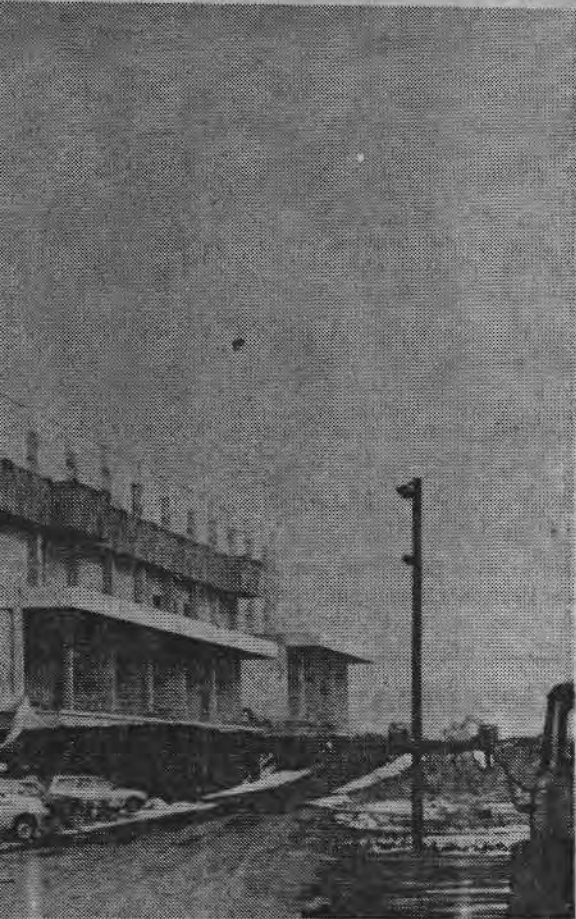
Hat Verwaltung Informationspflicht verletzt?

HERTEN. (rkl) Bei dem im Hertener Süden entstehenden Rohstofffrückgewinnungszentrum Ruhr (RZR) ist vom Bauträger kein Gebäude-Teil errichtet worden, für den das zuständige Bauordnungsamt der Stadt nicht vorher mit Prüfvermerk die Rechtmäßigkeit der Maßnahme bescheinigt hat. Stadtdirektor Heinz Pickmann löste mit dieser Antwort auf eine CDU-Anfrage im Rat eine Welle des Protestes aus. Nach Lesart einiger CDU-Sprecher könnte man seine Feststellung auch anders formulieren: die Bunker-Erweiterung des im Rohbau fertiggestellten Zentrums - von vielen als sensationelle Überraschung empfunden - war der Verwaltung genauestens bekannt. Sie hielt es jedoch nicht für notwendig, den Rat davon zu informieren.

Auf Anfrage des CDU-Ratsherren Theo Ahmann teilte Stadtbaurat Horst Günther mit, die Verwaltung habe ihren Vermerk auch unter jene Pläne gesetzt, die die Verlängerung des RZR-Gebäudeteils zum Inhalt hatten. Allerdings bestände zur Empörung kein Anlaß: der RP Münster hätte bereits festgestellt, daß sich die Erweiterung im Rahmen der schon

genehmigten Planfeststellung bewege. Außerdem sei es lediglich Aufgabe der Stadt als Aufsichtsbehörde, die Einhaltung von Gesetzesvorschriften bei der Statik, beim Planrecht und anderen Details zu überwachen - mehr nicht. Bürgermeister Willi Wessel verwies darauf, daß alle diesbezüglichen Prüfunterlagen den Ratsmitgliedern zugestellt worden seien.

schon !



fertig - bereit zur Aufnahme zusätzlicher Müllmengen. Die
Foto: Klose

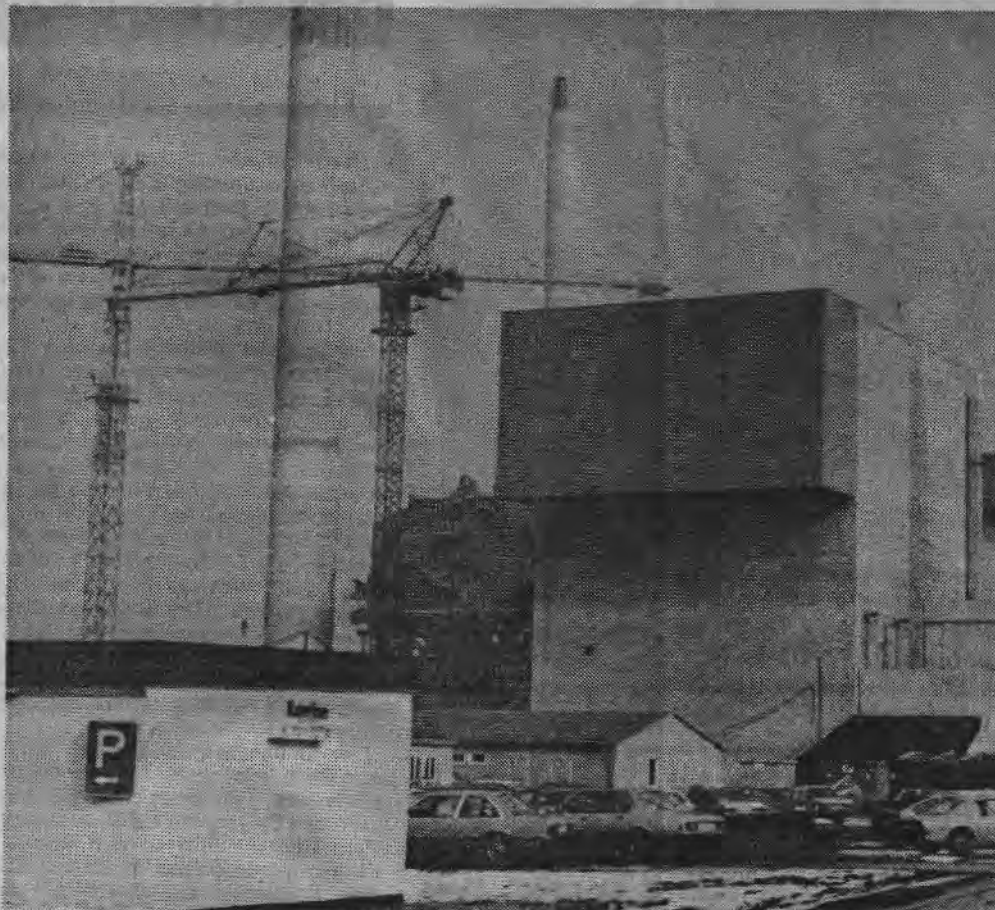
Hatte KVR die Erweiterung schon im Hinterkopf?

HERTEN.(sp) Was ist mit dem Kommunalverband Ruhrgebiet (KVR) los? Die Behörde, sozusagen „ein Teil von uns“, war als Träger des Rohstoff-Rückgewinnungszentrums Ruhr (RZR) im Hertener Süden mit einem gewaltigen Vertrauensbonus ausgestattet, der immer mehr schwindet. Nachdem vor wenigen Wochen auf Umwegen die geplante Kapazitätserweiterung dieser großen Müllverwertungsanlage bekannt geworden ist, ist in den letzten Tagen deutlich geworden, daß die baulichen Voraussetzungen für diese Erweiterung an Ort und Stelle längst geschaffen worden sind: Der Großbunker ist bereits 13 Meter länger gebaut worden, als ursprünglich geplant. Nun läßt der Bebauungsplan, wie uns Stadtbaurat Horst Günther gestern auf unsere Anfrage erklärte, eine solche Bauweise zwar durchaus zu, doch scheint bei der Stadt die Verärgerung groß, daß diese Änderung der Konzeption mit der technologisch sinnvollen Trennung der Haus- und Sperrmüllachsen „verkauft“ worden ist. „Von einer Kapazitätserweiterung von 450 000 auf rund 750 000 Jahrestonnen war seinerzeit keine Rede“, betont Günther. Der gesamte Vorgang wird im Moment im Rathaus noch geprüft.

Das alte Planfeststellungsverfahren basiert auf einem Vorentwurf. Die baurechtlichen Dinge werden jeweils in Teilabschnitten vollzogen. Als der KVR Ende letzten Jahres unter dem Stichwort „Änderung der Rauchgaswäsche“ dem Regierungspräsidenten und der Stadt Pläne über eine Bunkererweiterung zustimmte, schien dies zunächst Routine. Aus den fünf Achsen für Haus- und Sperrmüll waren schlicht fünf Achsen für Hausmüll und getrennt davon zwei neue Achsen für Sperrmüll eingeplant. „Nach Prüfung durch die Bezirksregierung ergab sich eindeutig, daß dies im Rahmen der alten Planfeststellung war“, erklärt Horst Günther. Nach der neuesten Entwicklung liegt jedoch der Schluß nahe, daß der KVR damals schon die erst später bekannte Kapazitätserweiterung im Hinterkopf hatte. Hertens Kommunalpolitiker müssen sich wieder einmal auf Kreuz gelegt fühlen.

Fest steht, daß die erhebliche Vergrößerung des RZR - baulich schon vollzogen - nun doch nicht so leise über die Bühne geht, wie vom Kommunalverband vielleicht erhofft. In einem vom Kreis Recklinghausen beantragten Behördentermin stellte sich am letzten Mittwoch beim Regierungspräsidenten in Münster heraus, daß RP Schleberger wie die Stadt bisher nur von unwesentlichen Änderungen, nicht aber von einer Kapazitätserweiterung wußte. Das war - so wurde betont - aus den Plänen nicht erkennbar. Schleberger erklärte nach dem Gespräch, daß diese Erweiterung nur über ein neues Planfeststellungsverfahren mit Bürgerbeteiligung möglich sei. Das Thema wird uns also in den kommenden

Groß-Bunker steht



13 Meter länger als geplant steht der Bunker des Rohstoff-Rückgewinnungszentrums Ruhr (RZR) schon. Die Erweiterung wurde unter dem Titel „Änderung der Rauchgaswäsche“ verkauft.

Monaten noch ausgiebig beschäftigen. Doch egal, was dabei herauskommt: Der Groß-Bunker an der Hohewardstraße steht schon!

Weiberfastnacht

Herten. Wie immer einen Tag früher feiert die AWO-Frauengruppe Herten ihre traditionelle Altweiberfastnachts-Feier. Am Mittwoch, 25. Februar, ab 15.59 Uhr geht's los im AWO-Heim an der Königsberger Straße. Für Musik und Getränke ist gesorgt. Mitzubringen sind eine Menge Stimmung und gute Laune.

AWO-Karneval

Herten. Die AWO Langenbochum lädt zum Karneval, verbunden mit einem Kaffeetrinken um 15 Uhr ins Siebenbürgerhaus ein. Die Veranstaltung findet am Mittwoch, 25. Februar, statt.

„Hermi“ trifft sich

Herten. Die Hertener Musikerinitiative (Hermi) trifft sich heute um 19 Uhr im Jugendtreff „Süd“, Königsberger Straße 48. Auf der Tagesordnung stehen das „Newcomer-Festival“ im April, die Vorbereitung sowie die Planung und die weitere Vorgehensweise beim Bunkerprojekt.

SPD: Tonnenpreis zwischen 40 und 80 DM

Stellungnahme zu den „Ergänzungen“ der CDU in Sachen „Müllverbrennung“

Herten. In einer Antwort auf die Stellungnahme der CDU, die wir am Dienstag veröffentlichten, schreibt die SPD:

„Die CDU hat angeblich ‚wichtige Ergänzungen zum SPD-Bürgergespräch vom 13. 9. 77 für dringend erforderlich‘ gehalten und teilt mit, daß nicht im Jahre 1982 die Zentraldeponie Emscherbruch bereits ausgelastet sei, sondern daß dies erst im Jahre 1990 geschehen werde. Hierzu ist festzustellen, daß bei der augenblicklichen Kippmenge auf der Grundlage von Verträgen zwischen verschiedenen Städten im Ruhrgebiet einerseits und der Zentraldeponie Emscherbruch andererseits die Kapazität der Deponie tatsächlich erst gegen Ende des Jahrzehnts 1980 — 1990 erreicht ist.

Es muß jedoch berücksichtigt werden — und das stellt der CDU-Artikel richtigerweise dar —, daß der Raum der Zentraldeponie Emscherbruch zwingend benötigt wird,

um die nicht verbrennbaren Reststoffe zu lagern. Wenn also für eine Lagerung Deponieraum erforderlich ist und nur im Bereich der Zentraldeponie besteht, dann muß sehr viel früher die endgültige Verfüllung des Deponieraumes eingestellt werden, nämlich in dem im Bürgergespräch von dem Referenten dargelegten Zeitraum um 1982. Je früher eine Rohstoffrückgewinnungsanlage ihren Betrieb aufnimmt, um so länger steht für die nichtverbrennbaren Reststoffe Deponieraum zur Verfügung.

Die CDU moniert zugleich einen Preis von 57 DM pro Tonne. Dieser Preis wird in der Tat in dem Bericht über das Bürgerspräch genannt. Hierzu ist jedoch anzumerken, daß während des Bürgergesprächs dieser Preis bezüglich einer Rohstoffrückgewinnungsanlage überhaupt nicht genannt worden ist und auch aus keiner schriftlichen Unterlage hervorgeht. Viel-

mehr ist im Bürgergespräch von einer Kostenbelastung in einer Größenordnung von 40 — 80 DM gesprochen worden. Die genauen Kosten lassen sich heute noch nicht ermitteln, weil zunächst die Ausschreibungsunterlagen für die Investitionen erarbeitet sein müssen. Das wurde in dem Bürgergespräch deutlich herausgestellt. Es bleibt zu hoffen, daß der Preis so niedrig wie möglich gehalten wird, um den Bürger geringstmöglich zu belasten; insbesondere diese Notwendigkeit wurde als Forderung seitens des SPD-Ortsvereins Herten-Mitte/Süd deutlich herausgestellt. DM 57/t ist allerdings der bisher ermittelte Preis für eine ebenfalls im Gespräch befindliche Kompostanlage.

Der SPD-Ortsverein Herten-Mitte/Süd hat sich zu Beginn der Diskussion um die Müllverbrennungsanlage um Auflagen bemüht, die eine Anlage in der zu Anfang geplanten Phase verhinderten.